

12. April 2010

Rede bei der CDU Brüssel-Belgien

(es gilt das gesprochene Wort)

"Europa in der Krise - Antworten des Europaparlaments"

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, heute Abend hier bei Ihnen sprechen zu dürfen. Und ich danke natürlich der CDU Brüssel-Belgien für die Organisation der Veranstaltung und Ihnen für Ihr Kommen.

Die Krise ist nicht nur heute Abend, sondern nach wie vor auch sonst das bestimmende Thema der politischen Diskussion. Das gilt natürlich auch für uns hier in Brüssel. Das Europäische Parlament sucht derzeit auf zwei Ebenen nach diesen Lösungen und Maßnahmen.

Zum einen steht im Wirtschafts- und Finanzausschuss die legislative Arbeit auf der Basis von Vorschlägen der Europäischen Kommission im Zentrum.

Zum anderen hat das Parlament mit dem Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise eine Art internes Think-Tank gegründet.

Mit diesem Ausschuss hat das Europäische Parlament ein Gremium zur profunden Analyse der Krise geschaffen, in dem die Abgeordneten weit offener und breiter arbeiten können, als in herkömmlichen Ausschüssen, die sich im Rahmen einzelner Kommissionsvorschläge bewegen müssen.

Während sich also der Sonderausschuss als Beratungsgremium auf die Analyse der Ursachen und Auswirkungen der Krise sowie die Definition von zukünftigen Schritten konzentriert, ist der ECON derzeit mit der legislativen Reaktion auf die Krise beschäftigt.

Im ECON versuchen wir, ganz konkrete Lehren aus der Krise ziehen können, um mit einer neuen Krise besser umgehen zu können.

Wir brauchen dringend Strategien, um neue Krisen früher zu erkennen und sie noch während ihrer Entstehung zu bekämpfen.

Bei der Früherkennung und Prävention wird das neue Europäische Finanzüberwachungssystem eine - wenn nicht DIE - wesentliche Rolle übernehmen.

Die hierzu vorliegenden Richtlinienentwürfe stellen einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass rein nationale Aufsichtsstrukturen nicht länger ausreichen, um europäische oder gar globale Finanzinstitute zu überwachen.

Die nationale Strukturen müssen durch eine adäquate Europäische Architektur ergänzt werden.

Ich begrüße daher sehr, dass die Berichterstatter des Europäischen Parlaments in ihren Berichtsentwürfen die Verbindung zwischen den neuen Behörden auf Mikrolevel und dem European Systemic Risk Board auf Makrolevel gestärkt haben.

Diese Reform war überfällig.

Ziel ist es, die neue Struktur in weniger als einem Jahr zu verwirklichen.

Wir müssen jedoch von Anfang an sicherstellen, dass das Europäische Finanzüberwachungssystem möglichst effektiv und effizient arbeitet.

Die praktische Umsetzung des neuen Systems ist ein Problem, über das wir nicht so einfach hinwegsehen sollten.

Die Schaffung einer neuen gemeinsamen Überwachungsstruktur ist schwierig und wird einige Zeit benötigen.

Die neuen Behörden müssen gut ausgestattet sein und hochqualifizierte, motivierte Mitarbeiter finden, die einschlägige Erfahrung in den jeweiligen Märkten haben.

Die Anwerbung sollte jedoch nicht zulasten der nationalen Überwachungsbehörden gehen.

Ich persönlich habe jedoch auch ernsthafte Zweifel über die Zusammensetzung des ESRB, der zu einseitig von Zentralbankern dominiert wird.

Für mich ist wichtig, dass im ESRB alle drei Finanzsektoren, also Banken, Versicherungen und Börsen ausreichend vertreten sein werden.

Auch muss personell die Unabhängigkeit des ESRB garantiert werden, z.B. durch die Einbeziehung von Experten aus der Wissenschaft.

Als Berichterstatter für die so genannte Omnibus II Richtlinie (Versicherungen), zu der die Kommission voraussichtlich Ende April ihren Vorschlag veröffentlichen wird, arbeite ich bereits jetzt mit den anderen Berichterstattern zu diesem Paket eng zusammen.

Fast alle Berichterstatter haben daher auch gemeinsam ein ganzes Paket von Änderungsanträgen eingebracht.

Das Europäische Parlament kann somit nicht nur ein gutes institutionelles Design der neuen Aufsichtsstruktur sicherstellen, sondern auch schon vor der Abstimmung im Plenum mit einer starken, geschlossenen Position dem Rat gegenüberreten.

Mängel in der Überwachungsstruktur waren jedoch beileibe nicht der einzige Grund für die Krise.

Auch die Regulierung hat sich zu langsam auf Marktentwicklungen eingestellt.

Mikro- und makroprudentielle Regulierung war nicht angemessen zugeschnitten, um auch "Quasi-Banken" wie nicht-bankliche Anbieter von Zahlungsdienstleistungen, Investmentbanken, Hedge- und Alternative Investment Fonds einzubeziehen.

Auf diese Weise entstand ein "Schattenbank-Sektor", der weitgehend sich selbst und der Selbstregulierung überlassen blieb.

Hier gilt es nun, Lücken zu schließen.

Leider ist der vorliegende Vorschlag der Kommission zur Regulierung der Alternativen Investmentfondsmanager (AIFM) jedoch keine Ruhmestat.

Das wird nicht zuletzt auch an der Zahl der Änderungsanträge des Parlaments deutlich:

1669 Änderungsanträge - noch kein Vorschlag der Kommission hat je so viele Änderungsanträge provoziert.

Grund hierfür ist vor allem der Versuch der Kommission, mit einem Universalansatz zu arbeiten, der alle alternativen Fondsmanager außerhalb der UCITS-Richtlinie unter einen Hut zu bringen versucht.

De facto führt dieser Ansatz aber zur Frage nach Ausnahmen, die allerdings das Risiko mit sich bringt, über zu viele Ausnahmen die Regulierung wieder zu sehr aufzuweichen.

Doch denke ich, bestimmte, kleine Änderungen des derzeitigen "one-size-fits-all"-Ansatzes wären durchaus angebracht, nicht zuletzt, um unnötige Mehrbelastungen und negative Konsequenzen für die Produktvielfalt zu verhindern:

National vertriebene Fonds mit einer begrenzten Anlegerzahl sollten z. B. aus dem Anwendungsbereich herausgenommen werden (wie z.B. unsere deutschen Spezialfonds).

Eine Konzernausnahmeklausel wäre meiner Ansicht nach ebenfalls sinnvoll, da die Risikovorsorge bei gruppeninternen Investments auf der Konzernebene gewährleistet ist.

Beim Thema Leverage bin ich für einen ausgewogenen Berechnungsansatz, der auf dem Netto von Long und Short Positionen aufbaut und daher dem Risikoprofil der Hedgefonds besser entspricht.

Außerdem halte ich es für wichtig, dass die Delegation des Portfoliomanagements unter bestimmten Bedingungen möglich ist.

Eine Marktabschottung darf nicht das Ziel sein.

Bei all dem müssen wir natürlich die Konsistenz mit andren Richtlinien und Verordnungen immer im Blick haben.

Das gilt sowohl für bereits bestehende, als auch derzeit noch entstehende Regelungen.

Denn die AIFM sind nicht der einzige Bereich, in dem Regulierung dringend nötig ist.

Bislang ohne Regulierung ist auch der Derivatemarkt.

Mit der geplanten Regulierung wird sich dies nun ebenfalls ändern.

Regulierungs- und Aufsichtsbehörden sollen sich einen besseren Überblick vor allem über die auf den OTC-Derivatemarkten stattfindenden Geschäfte sowie über die auf diesen Märkten aufgebauten Positionen verschaffen können.

Durch mehr und bessere Information über Kurse und Handelsvolumina soll die Transparenz dieses Handels erhöht werden.

Außerdem sollen Gegenparteiausfallrisiken durch zentrale Strukturen verringert werden.

Die Kommission möchte diese Ziele durch Förderung der Standardisierung von OTC-Derivaten, Übergang zum Clearing durch eine Central Counterparty (CCP) und Verlagerung des Handels auf öffentliche Handelsplätze erreichen.

Der gerade veröffentlichte Initiativbericht von Werner Langen zu diesem Thema stützt insgesamt die Vorhaben der Kommission.

Jedoch sollen standardisierte Derivate nicht nur über CCPs zentral abgewickelt werden können, sondern auch an Börsen handelbar sein.

Zudem fordert der Bericht, ein zentrales Transaktionsregister einzuführen und dies vom Gesetzgeber kontrollieren zu lassen.

Die so stark in die Kritik geratenen Credit Default Swaps (CDS) sollen bei sich häufenden Risiken sogar begrenzt oder verboten werden können.

Diese Ansätze halte ich für gute Ideen, ebenso wie eine gewisse Differenzierung in der Regulierung der einzelnen Produkte:

De facto gibt es einerseits Produkte, die vor allem von der Realwirtschaft genutzt werden, um Risiken zu hedgen (Commodities, Kerosin) und andererseits Produkte, die vor allem im Intrabankenhandel gehandelt wurden und stärker spekulativen Charakter haben.

Unterschiedliche Anforderungen für diese unterschiedlichen Produkte sind sinnvoll - jedoch müssen hier die Definitionen dringend geklärt werden:

Was sind z.B. "stärker spekulative Produkte", was nicht?

Hier sind wir gespannt auf die Vorschläge der Kommission, die hoffentlich Mitte dieses Jahres vorliegen werden.

Aber nicht nur in bisher unregulierten Bereichen des Finanzmarktes und den "Schattenbanken" gibt es Handlungsbedarf.

Auch in bereits regulierten Bereichen gab es Fehlentwicklungen.

So hatten "herkömmliche" Banken und die Art, wie sie mit Risikofragen umgegangen sind, ihren Anteil an der Krise.

Äußerst niedrige Zinsen zusammen mit immer schärferem Wettbewerb haben dazu geführt, dass Banken versuchten, durch immer größeres Leverage oder Investitionen in immer risikoreichere Finanzprodukte immer höhere Gewinne anzustreben.

Die Komplexität der Finanzprodukte hat - zusammen mit mangelnder Überwachung und mangelhaften Transparenzanforderungen - natürlich auch zu wachsendem systemischen Risiko geführt.

Daher wird derzeit auch darüber nachgedacht, ob und in welcher Form Banken an den Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise beteiligt werden sollen.

Eine Finanztransaktionssteuer ist dabei derzeit einer der populärsten Vorschläge.

Jedoch sind damit eine ganze Reihe von ungelösten Fragen verbunden, unter anderem die nach der Verteilung der daraus resultierenden Steuereinnahmen oder auch Wettbewerbsverzerrungen im Fall eines international nicht einheitlichen Vorgehens.

Zudem wäre eine Finanztransaktionssteuer als Beitrag der Banken zu den Kosten der Krise schon allein dadurch ungeeignet, dass der Anreiz zu einer Umwälzung der entstehenden Kosten auf die Marktteilnehmer besonders groß ist.

Auch würden Wertpapierkurse unter dem neuen Regime nicht mehr den tatsächlichen wirtschaftlichen Wert reflektieren.

Das Kapital würde gesamtwirtschaftlich nicht mehr optimal eingesetzt.

Eine solche Abgabe bekämpft außerdem nicht die Ursachen der Krise und leistet keinen Beitrag, eine zukünftige Krise zu vermeiden.

So waren nicht kurzfristig orientierte Spekulanten der Auslöser der Krise an den Märkten, die Probleme lagen viel eher in der bilanziellen Bewertung und dem Rating strukturierter Finanzprodukte. Die Ausfälle einzelner Papiere und schließlich der Zusammenbruch des gesamten CDO/CDS-Marktes wurden nicht durch kurzfristige Handelsaktivitäten ausgelöst und hätten durch eine Finanztransaktionssteuer nicht gebremst werden können.

Wenn eine Art Kostenbeteiligung tatsächlich angestrebt wird, dann muss das zentrale Kriterium das Risiko sein, die zusätzlichen Abgaben also dem Risikoverhalten der Banken angepasst gezahlt werden.

Denkbar wäre eine Regelung, nach der diejenigen, die höhere Risiken in ihren Handelsbüchern ausweisen, auch mehr zahlen.

Ich denke daher, die Debatte um die Finanztransaktionssteuer ist vor allem eine politische.

Tatsächlich ist die Finanz- und Wirtschaftskrise eine systemische Krise, mit einer Vielzahl von Ursachen, wie die bereits erwähnten Mängel in der Aufsicht und der Regulierung.

Meiner Meinung nach sollten wir uns daher auf die Analyse und Beseitigung der Ursachen konzentrieren und auf symbolische Handlungen wie eine Art Strafsteuer für die Banken verzichten.

Klar ist: Die Krise ist nach wie vor weit davon entfernt, vorbei zu sein.

Versäumnisse aus der Vergangenheit werden uns fast täglich vor Augen geführt, neue Befürchtungen machen sich breit – aktuell das Beispiel Griechenland.

Wir müssen verhindern, dass sich aus der Finanzkrise eine Schuldenspirale, ja eine Schuldenkrise entwickelt.

Tatsächlich befinden wir uns noch immer in einer kritischen Phase, wenn es um die Beurteilung der künftigen Kreditwürdigkeit der Eurozone geht.

Investoren zweifeln, dass bestimmte EU-Länder ihren Kreditverpflichtungen aus Staatsanleihen nachkommen.

Eine Verschuldung von höchstens 60%, ein Defizit von höchstens 3% des BIP - die entscheidenden Bausteine der Maastricht-Prinzipien stehen auf dem Prüfstand.

Die Konvergenzkriterien werden derzeit von keinem wichtigen Euroland eingehalten.

Schuldenprobleme gab es bereits vor dem Ausbruch der Finanzkrise, doch hat die Finanzkrise die Situation gravierend verschärft.

Die Anzahl der EU-Mitgliedsstaaten, die als Wackelkandidaten durch die Medien geistern, wurde zuletzt immer größer.

Aktuell steht die Südschiene im Fokus – neben Griechenland vor allem Portugal und Spanien.

Italien und Irland werden ebenfalls schon genannt - aber auch Großbritannien bietet erheblichen Anlass zur Sorge.

Der Internationale Währungsfonds hat bereits vorausgesagt, dass die steigenden Staatsdefizite in den kommenden Jahren die private Kreditnachfrage verdrängen und die wirtschaftliche Erholung dämpfen.

Insbesondere die Zinslast und das Zinsniveau gelten als Risiko.

Eine durch den Schuldenberg steil ansteigende Zinskurve wird die Wirtschaft zusätzlich belasten und den Spielraum der Kreditinstitute für eine Normalisierung der Kreditvergabe weiter einschränken.

Fakt ist, dass die Höhe der Staatsschulden in den für die Wirtschaftserholung maßgeblichen Industrieländern so gewaltig ist wie seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr.

Die Schulden in der EU kletterten bereits im vergangenen Jahr um 11,5 Prozentpunkte auf 73 Prozent des Bruttoinlandprodukts.

Laut IWF wird sich Schuldenberg der Industrieländer bis ins Jahr 2014 von 78% des Bruttoinlandsproduktes auf 114% erhöhen.

Staatsschulden in diesem Ausmaß werden zu einem Risiko für die Finanzstabilität.

Wir müssen verhindern, dass sich bereits erzielte Fortschritte bei der Wirtschaftserholung in Turbulenzen an den Finanzmärkten auflösen.

Wie aber könnten die Auswege aussehen?

Mit der Wirtschafts- und Währungsunion haben die beteiligten Mitgliedsländer ihre geldpolitische Souveränität aufgegeben.

Nominale Währungsabwertungen fallen damit als Lösungsansatz weg.

Eine Wiederherstellung ihrer Preiswettbewerbsfähigkeit können betroffene Eurostaaten nur über reale Abwertungen, d.h. insbesondere die Senkung der Reallöhne und Lohnnebenkosten erreichen.

Hier sind engagierte Reformprogramme gefragt.

Denn wir sprechen bei den hoch verschulden EU-Staaten vorrangig von strukturellen Problemen, die lange aufgeschoben wurden und nun umso dringlicher - wohl auch umso schmerzhafter - angegangen werden müssen.

Dies hat die griechische Regierung ja auch selbst erkannt, die vorgestellten Reformprogramme sind sehr zu begrüßen und absolut zu unterstützen.

Gleichzeitig kann es aber keine Frage sein, dass auch in wirtschaftlichen Notzeiten der Wert der europäischen Solidarität weiter gilt.

Ganz abgesehen davon hat gerade Deutschland auch einen erhebliches eigenes wirtschaftliches Interesse daran, die Situation in Griechenland nicht eskalieren zu lassen.

Immerhin sind die Griechen mit schätzungsweise 43 Milliarden bei deutschen Banken verschuldet.

Hilfe für Griechenland ist daher nicht per se abzulehnen - aber gerade die Tatsache, dass auch andere Länder derzeit alles andere als stabil sind, zeigt, dass wir uns um die Art und Weise der Hilfen genaue Gedanken machen müssen.

Es ist gut, dass mit dem letzten EU-Gipfel Ende März der Europäische Währungsfonds wieder aus der Diskussion verschwunden ist.

Die Dopplung der Systeme IWF und EWF wäre nicht sinnvoll gewesen - immerhin sind alle Euroländer auch im IWF vertreten.

Wozu ist dies noch sinnvoll, wenn dann nur Ländern aus Asien, Afrika oder Süd- und Lateinamerika über den IWF geholfen wird?

Und wer hätte diesen Fonds eigentlich finanzieren sollen?

In einer Zeit, in der die Haushalte aller Euroländer im besten Fall angeschlagen sind, muss es erlaubt sein, nach dem Funding eines solchen EWF zu fragen.

Eine Finanzierung nach IWF-Modell, hätte für Deutschland bedeuten, dass wir gut ein Drittel der Gesamtmittel hätten aufbringen müssten!

Soll der EWF groß genug sein, um wirklich effektiv sein zu können, hätte dies einen zweistelligen Milliardenbetrag bedeutet!

Zudem wäre damit de facto die Tür zu einem Europäischen Finanzausgleich geöffnet, wie dies ja auch schon die berechtigter Weise EZB eingewandt hat.

Wir Deutsche wissen, welche Probleme mit einem solchen Ausgleich einhergehen - und wie teuer dies werden kann.

Der Beschluss des Rates, eben doch auf die bestehenden Strukturen zurück zu greifen, halte ich daher für eine sehr gute Lösung.

Griechenland kann nun den IWF um Hilfe bitten, dessen Unterstützung dann durch bilaterale Kredite aus der Eurozone ergänzt wird.

Mit dem Beschluss der Finanzminister vom Sonntag stehen den Griechen nun 30 Mrd. Euro im ersten Jahr eines über drei Jahre laufenden Hilfsprogramms zur Verfügung.

Zusammen mit den Mitteln des IWF wird sich das Gesamtpaket auf 45 Mrd. Euro belaufen.

Der Zinssatz ist mit rund 5% über dem IWF-üblichen, aber deutlich unter den 7,5%, die die Griechen zuletzt Ende vergangener Woche für eine zehnjährige Anleihe zahlen mussten.

Der Beschluss des Pakets ist eine gute Nachricht, die den politischen Willen hinter dem Euro beweist und hat daher auch bereits zu einer deutlichen Erleichterung an den Märkten geführt.

Ob aber allein die Existenz des Pakets allerdings schon für eine langfristige Stabilisierung reichen wird, ist fraglich.

Nicht zuletzt der Ausverkauf der griechischen Anleihen in den letzten Tagen, der erst zum Beschluss des Pakets geführt hat, zeigt, wie riskant die Lage noch immer ist.

Langfristig sollten wir uns daher Gedanken zur Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes machen, die ja ebenfalls von den Staats- und Regierungschefs Ende März beschlossen wurde.

Denn wir müssen auch hier aus der Krise lernen und verhindern, dass sich ein Szenario wie in Griechenland in Zukunft wiederholen kann.

Es wird also auch in Zukunft noch einiges für uns hier in Brüssel zu tun geben.

Für heute aber bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen nun noch interessante Gespräche.

